

III-128 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXII.GP

JAHRESVORSCHAU DES BMVIT 2005
AUF DER GRUNDLAGE DES
LEGISLATIV- UND ARBEITSPROGRAMMS DER KOMMISSION
SOWIE
DES OPERATIVEN JAHRESPROGRAMMS DES RATES

A) LEGISLATIV- UND ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION

1) Verfahren:

Die EK hat am 25. Februar 2004 ihre Mitteilung an EP und Rat „Jährliche Strategieplanung für 2005“ (KOM(2004) 133 endg.) vorgelegt. Das EP hat am 22. April 2004 eine Stellungnahme zum Kommissionsentwurf angenommen und der EK zur weiteren Vorgehensweise zur Kenntnis gebracht. Die EK hat am 26. Jänner 2005 ihre endgültige Mitteilung an EP und Rat „Arbeitsprogramm der Kommission für 2005: Mitteilung des Präsidenten im Einvernehmen mit Vizepräsidentin Wallström“ (KOM(2005) 15 endg.) vorgelegt. Dieses wurde dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten/ Auswärtige Beziehungen am 31. Jänner 2005 vorgestellt.

2) Aufbau des Arbeitsprogramms der EK für 2005

Der Aufbau des Jahresprogramms entspricht der Gliederung der Mitteilung der EK über die strategischen Ziele der Kommission für 2005-2009 (KOM(2005) 12 endg.), in der vier Hauptthemenbereiche hervorgehoben werden:

- a) Wohlstand
- b) Solidarität
- c) Sicherheit für die europäischen Bürgerinnen und Bürger und
- d) Europa und der Rest der Welt.

In ihrem Jahresprogramm stellt die EK vor, wie sie diese strategischen Ziele im Jahr 2005 zu erreichen beabsichtigt.

3) Prioritäten für 2005

Das Programm konzentriert sich auf folgende bereits oben erwähnte **vier politische Prioritäten**:

a) Wohlstand: Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie

Der wirtschaftliche Wiederaufschwung ist ein zentrales politisches Ziel der Kommission. Deshalb gilt es, die Unterstützung für die wichtigsten Wachstumsfaktoren wie Forschung und Innovation zu verstärken und für jeden Sektor (insbesondere Dienstleistungen) den Erfordernissen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie soll der Wettbewerbsfähigkeit Europas einen Auftrieb geben. Im ER im März 2005 sollten auf politischer Ebene wirkliche Fortschritte in der Entwicklung der Lissabon-Strategie als Mittel zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit erzielt werden. Die Schlüsselfaktoren in diesem Zusammenhang sind:

- Reformierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Die Kosten der noch unvollständig entwickelten Infrastruktur für die europäische Wirtschaft sind sehr hoch. Ausgehend von der Wachstumsinitiative ist es daher notwendig, die TEN-V weiter auszubauen, um durch signifikante zusätzliche Ressourcen kombiniert mit neuen Maßnahmen sicherzustellen, dass das hinkünftige Netz effektiver und besser koordiniert wird. Mehr Transparenz sollte zudem die Sicherheit der Energieversorgung erhöhen.
- Erhöhung der Investitionen in die Forschung (Ziel 3 % des BIP)
- Förderung von Innovation und Unternehmensgeist u.a. auf Grund technischer und Umweltinnovationen sowie neue Ansätze in Vertrieb, Marketing und Design.
- Stimulierung des europäischen Wirtschaftsumfelds durch Nutzung der Vorteile des Binnenmarktes und Beseitigung von Barrieren im Binnenmarkt, v.a. in Finanzdienstleistungen, Energie und öffentlichen Technologien wie etwa Umwelt- Informations- und Kommunikationstechnologien.
- Verringerung der Kluft zwischen der EU und ihren wichtigsten Partnern hinsichtlich der Anstrengungen in Forschung und Entwicklung von Technologie einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien.

Dazu bereitet die EK folgende Schlüsselinitiativen vor:

- (a) Konkrete Maßnahmen im Anschluss an die Wachstumsinitiative, insbesondere zur Infrastruktur wie etwa Transeuropäische Verkehrsnetze
- (b) Weitere Vorbereitung der Internationalen Initiative für Fusionsenergie (ITER)
- (c) Letztes Jahr des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen 2000-2005
- (d) Entwicklung einer europäischen Weltraumpolitik
- (e) Weiterentwicklung der Politik in Schlüsselbereichen des Binnenmarktes wie etwa öffentliches Beschaffungswesen (einschl. PPP), geistiges Eigentum und Finanzdienstleistungen
- (f) Förderung einer besseren Ordnungspolitik und Ausbau der Kapazitäten zur Überwachung der makroökonomischen und steuerlichen Situation.
- (g) Tiefgehende Analyse der Sektoren der IKT, konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

IdZ sind die verkehrspolitischen prioritären Themen:

I. Öffentliche Dienste im Verkehrsbereich

II. Außenbeziehungen in der Luftfahrt

III. Rechte der Passagiere, insb. im Luftverkehrsbereich.

Die telekompolitisch prioritären Themen sind:

I. Untersuchung des Umfanges des Universaldienstes

IdZ sind die innovationspolitisch prioritären Themen:

I. Entwicklung einer europäischen Weltraumpolitik

II. Neue Generation von Forschungsprogrammen

Legislativvorhaben im Verkehrsbereich:

Ad. I. Öffentliche Dienste

Novelle der Richtlinie über öffentliche Dienste im Landverkehr

- Ziel:

Wie die Rechtssprechung des EuGH in letzter Zeit - insbesondere im Fall Altmark - gezeigt hat, herrscht in diesem Bereich, insbesondere was die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs betrifft, große Rechtsunsicherheit. Durch die Änderung der geltenden RL soll diese Rechtsunsicherheit ausgeräumt werden, und der neue Vorschlag zielt vor allem ab auf die Vereinfachung der diesbezüglichen Rechtsvorschriften, die Erhöhung der Flexibilität bei der Organisation des öffentlichen Verkehrs sowie die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips, das den nationalen Behörden einen ausreichenden Spielraum bei der Organisation einzelner für den Wettbewerb relevanter Fragen überlässt.

- Stand:

Der Vorschlag der EK liegt noch nicht vor, sollte aber im Laufe von 2005 veröffentlicht werden. Die weitere Vorgangsweise ist noch offen.

- Österreichische Haltung:

Da der Vorschlag noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Ad. II. Außenbeziehungen in der Luftfahrt

Mitteilung der Kommission über Außenbeziehungen im Luftverkehrsbereich

- Ziel:

Neben dem Ziel der EK, das Luftverkehrsabkommen mit den USA abzuschließen, besteht die Priorität der Kommission im Bereich der externen Luftverkehrsbeziehungen darin, weitere, neue Luftverkehrsabkommen mit anderen Drittstaaten auszuverhandeln, wobei ein dualer Ansatz angewendet wird: einerseits in Bezug auf EU-Nachbarstaaten zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftraums, andererseits im Hinblick auf Drittstaaten in anderen Regionen der Welt.

Um diesem dualen Ziel näher zu kommen, plant die EK, im Frühjahr 2005 eine Mitteilung über Außenbeziehungen im Luftverkehrsbereich zu veröffentlichen, die mit zwei Vorschlägen für neue horizontale Verhandlungsmandate versehen werden wird. Diese Vorschläge werden auch die oben beschriebene Dualität widerspiegeln, da sie sich auf Russland (EU-Nachbarstaat) und China (Drittstaaten in anderen Regionen der Welt) beziehen.

- Stand:

Die Mitteilung und Vorschläge werden voraussichtlich im Laufe des Frühjahrs 2005 von der EK vorgelegt.

- Österreichische Haltung:

Da die Mitteilung noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Ad. III Rechte der Passagiere im Luftverkehr

Vorschlag für eine Verordnung über die Rechte von Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität

- Ziel:

Durch die neue VO soll eine bessere Behandlung der Luftpassagiere mit eingeschränkter Mobilität sichergestellt werden.

- Stand:

Der Vorschlag wurde von der EK am 16. Februar 2005 vorgelegt und sollte Gegenstand eines ersten Gedankenaustausches im Verkehrsministerrat im April 2005 sein.

- Österreichische Haltung:

Österreich unterstützt grundsätzlich Verbesserungen der Transportbedingungen von Personen mit eingeschränkter Mobilität. Dieser neue Vorschlag befindet sich derzeit jedoch noch im Diskussionsprozess.

Vorschlag für eine Verordnung über die Unterrichtung von Fluggästen über die Identität des ausführenden Luftfahrtunternehmens sowie den Austausch sicherheitsrelevanter Informationen zwischen den Mitgliedstaaten

- Ziel:

Die VO bezweckt die Verbesserung des Zugangs von Flugpassagieren zur Information über die Flugsicherheit der Fluggesellschaft.

- Stand:

Der Vorschlag wurde von der EK am 16. Februar 2005 vorgelegt und sollte Gegenstand eines ersten Gedankenaustausches im Verkehrsministerrat im April 2005 sein.

- Österreichische Haltung:

Österreich unterstützt grundsätzlich Verbesserungen in sicherheitsrelevanten Fragen. Dieser neue Vorschlag befindet sich derzeit jedoch noch im Diskussionsprozess.

Mitteilung der EK über die Stärkung der Rechte von Reisenden in der Europäischen Union

- Ziel:

In der Mitteilung wird die Thematik der Passagierrechte vom Luftverkehrssektor auf alle Verkehrsträger erweitert, wobei dem internationalen Busverkehr eine besondere Bedeutung beigemessen werden soll.

- Stand:

Der Vorschlag wurde von der EK am 16. Februar 2005 vorgelegt. Die weitere Vorgangsweise in Bezug auf diesen neuen Vorschlag ist noch offen.

- Österreichische Haltung

Österreich unterstützt grundsätzlich Verbesserungen in Fragen der Passagierrechte. Dieser neue Vorschlag befindet sich derzeit jedoch noch im Diskussionsprozess.

Andere vorrangige Themen im Verkehrssektor

Landverkehr

Mitteilung der Kommission über die Anwendung von Art. 87 und 88 des EG-Vertrages betreffend staatlicher Beihilfen im Schienenverkehr

- Ziel:

Durch die auf Leitlinien basierende Mitteilung soll ein gemeinsamer Rahmen für die staatliche Finanzierung des Eisenbahnsektors geschaffen werden, und das Ziel dieser Leitlinien besteht darin, die Regeln der staatlichen Beihilfen im Eisenbahnbereich deutlich und transparent zu machen. Dadurch soll die korrekte Anwendung der Regeln der staatlichen Beihilfen erleichtert werden sowie sichergestellt werden, dass die Regeln europaweit auf einer kohärenten Weise und in Übereinstimmung mit dem EU-Recht angewendet werden.

- Stand:

Der Vorschlag wird angeblich im Jahr 2005 von der Kommission vorgelegt. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- Österreichische Haltung:

Da die Mitteilung noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Luftverkehr

Novelle der Richtlinie 1996/67/EG über den Marktzugang zu Bodenabfertigungsdiensten

- Ziel:

Auf Grund einer Bewertung der geltenden Richtlinie und der darin festgestellten Schwächen wird die Kommission einen Änderungsvorschlag vorlegen. Im Vorfeld sollen auch Diskussionen mit den Vertretern der Industrie durchgeführt werden.

- Stand:

Auf Grund einer Bewertung der geltenden Richtlinie und der darin festgestellten Schwächen wird die Kommission einen Änderungsvorschlag vorlegen. Im Vorfeld sollen auch Diskussionen mit den Vertretern der Industrie durchgeführt werden.

- Österreichische Haltung:

Da der Vorschlag noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Novelle drittes Liberalisierungspaket im Luftverkehrsbereich (Änderung der VO Nr. 2407/1992 über die Erteilung von Betriebsgenehmigungen an Luftfahrtunternehmen; der VO Nr. 2408/1992 über den Zugang von Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft zu Strecken des innergemeinschaftlichen Flugverkehrs; der VO Nr. 2409/1992 über Flugpreise und Luftfrachtraten)

- Ziel:

Nach 10 Jahren seit der Liberalisierung des Luftfahrtsektors wird eine Vereinfachung und Verdeutlichung der entsprechenden Vorschriften für notwendig gehalten.

- Stand:

Der Vorschlag wird angeblich im Jahr 2005 von der Kommission vorgelegt. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- Österreichische Haltung:

Da der Vorschlag noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Verordnung zur Gestaltung des SESAME- Programms

- Ziel:

Das SESAME- Programm ist ein Durchführungsplan für den Single European Sky und wird sich aller Voraussicht nach am Modell Galileo orientieren. Das bedeutet, dass durch das Instrument einer Verordnung ein gemeinsames Unternehmen kreiert wird, welches das Management und die Implementierung der Single European Sky- Initiative auf technischer Ebene abwickeln soll. Gemäß den Ausführungen der EK sollte das Managementkonzept bzw. das gemeinsame Unternehmen spätestens Ende 2007 operativ werden, was eine rasche Behandlung des Dossiers im Rat erforderlich machen würde. Zudem soll im Frühjahr 2005 ein entsprechender Workshop organisiert werden, um die Verwaltungsstruktur und die Finanzierungsmöglichkeiten zu erörtern.

- Stand:

Der Vorschlag wird angeblich im Jahr 2005 von der Kommission vorgelegt. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- Österreichische Haltung:

Da der Vorschlag noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Seeverkehr

Novelle der Verordnung (EWG) Nr. 4056/86 über die Anwendung der Wettbewerbsregeln der Gemeinschaft im Seeverkehrsbereich

- Ziel:

Durch den neuen Vorschlag sollen die derzeit geltenden Wettbewerbsregelungen der Gemeinschaft im Hinblick auf die Schifffahrt modifiziert werden.

- Stand:

Der Vorschlag wird angeblich im Jahr 2005 von der Kommission vorgelegt. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- Österreichische Haltung:

Da der Vorschlag noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Horizontale Fragen

Vorschlag für eine Verordnung bezüglich der Umsetzung der Aufbau- und der Betriebsphase des europäischen Satellitennavigationsprogramms (Galileo)

- Ziel:

Galileo soll auf eine unabhängige Rechtsgrundlage gestellt werden, um seine Bedürfnisse zufrieden zu stellen und eine effiziente Verwaltung der Finanzen zu gewährleisten. Die Verordnung soll die Umsetzung der Aufbau- und der Betriebsphase des Programms erlauben.

- Stand:

Eine Teileinigung hinsichtlich Inhalt konnte erreicht werden. Die Budgetfrage ist offen und mit dem Abschluss der finanziellen Vorausschau verbunden.

- Österreichische Haltung

Aus österreichischer Sicht ist der ehest mögliche Beginn der Errichtungs- und Betriebsphase des Programms GALILEO wichtig, um die Inbetriebnahme zum geplanten Zeitpunkt sicherzustellen. Österreich hat in den Verhandlungen betont, dass in beiden Angeboten für die Konzession die wesentliche Zusage zur privaten Finanzierung fehlt.

Mitteilung der Kommission: Halbzeitbilanz über die Durchführung der im Weißbuch über die europäische Verkehrspolitik bis 2010 vorgesehenen Maßnahmen

- Ziel:

Wie im Weißbuch über die europäische Verkehrspolitik bis 2010 vorgesehen, soll im Jahr 2005 eine Halbzeitbilanz stattfinden, bei der geprüft werden soll, ob und in wie weit die im Weißbuch festgesetzten Ziele, wie etwa im Hinblick auf den Schienenverkehrssektor, erreicht worden sind und ob Anpassungen erforderlich sind. Bei der Halbzeitbilanz wird darüber hinaus insbesondere der Thematik Sicherheit ein besonderer Augenmerk geschenkt werden. Da das ursprünglich von der Kommission verwendete Instrument eine Mitteilung war, muss auch die Halbzeitbilanz in Form einer Mitteilung vorgelegt werden.

- Stand:

Die Mitteilung sollte gemäß dem Weißbuch im Jahr 2005 vorgelegt werden.

- Österreichische Haltung:

Da die Mitteilung noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Mitteilung der Kommission über die Politik der staatlichen Beihilfen

(siehe auch das Thema staatliche Beihilfen im Schienenverkehr unter iZm "Landverkehr")

- Ziel:

Die Mitteilung soll als Konsultationsdokument über die Zukunft der Politik der staatlichen Beihilfen dienen.

- Stand:

Die Mitteilung dürfte im Laufe des Jahres 2005 veröffentlicht werden. Darin werden Überlegungen über die zukünftige Politik der staatlichen Beihilfen angestellt sowie um Kommentare von allen betroffenen Beteiligten ersucht. Im Lichte dieser Kommentare wird die Kommission die derzeitigen Regelungen modifizieren, und diese Änderungen sollen zwischen 2005 und 2008 stattfinden.

- Österreichische Haltung:

Da die Mitteilung noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Mitteilung der Kommission über einen gemeinsamen Rahmen für die Tarifierung der Verkehrsinfrastruktur einschließlich von zwei Vorschlägen über die Flughafen- und Seehafengebühren

- Ziel:

Die Mitteilung ist ein strategisches Dokument über die Tarifierung der Verkehrsinfrastruktur und die Bedingungen der Berücksichtigung der, für die Nutzung der Infrastruktur, wirklich anfallenden Kosten. Dieses Dokument, das auf Grund von gesammelten Erfahrungen auf europäischer und nationaler Ebene erstellt worden ist, soll dazu beitragen, eine fairere und effizientere Tarifierung zu verwirklichen sowie einen ausgewogeneren Wettbewerb zwischen den einzelnen Verkehrsträgern und deren Infrastrukturfinanzierung herzustellen. Zudem umfasst die Mitteilung modale Regelungen, die notwendigen kurzfristigen Initiativen entsprechen. Verträglichkeitsprüfungen werden in den Legislativvorschlägen vorgesehen, welche die Mitteilung begleiten.

- Stand:

Die Mitteilung und die Legislativvorschläge dürften im Laufe von 2005 veröffentlicht werden. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- Österreichische Haltung:

Da der Vorschlag noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Legislativvorhaben im Telekomsektor:

Mitteilung der Kommission über das Ergebnis der öffentlichen Konsultation über den Umfang des Universaldienstes

- Ziel:

Der Umfang des Universaldienstes soll neu beschrieben werden.

- Stand:

Bislang wurde die öffentliche Konsultation noch nicht eingeleitet, die weitere Vorgangsweise ist noch offen.

- Österreichische Haltung:

Da die Mitteilung noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Legislativvorhaben im Innovationsbereich:

Ad. I. Entwicklung einer europäischen Weltraumpolitik

Mitteilung der Kommission über Weltraum

- Ziel:

Die Kommission plant, eine Mitteilung zum Thema Raumfahrt zu veröffentlichen. Diese soll umschreiben, welche Aufgaben welchen Akteuren zukommen sollen, welche Aktionen durchzuführen sind, etc. Eventuell könnten auch Überlegungen zur Finanzierung der einzelnen Aktionen in der Mitteilung enthalten sein.

- Stand:

Die Mitteilung wird voraussichtlich Ende 2005 von der EK vorgelegt.

- Österreichische Haltung:

Da die Mitteilung noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich. Grundsätzlich wäre es aber in österreichischem Interesse, wenn der Schwerpunkt dieser Politik anwendungsorientiert ist.

Ad. II. Neue Generationen von Forschungsprogrammen (Weltraum- und Sicherheitsforschung) im Rahmen des 7. RP

Vorbereitung einer neuen Initiative zur Weltraum- und Sicherheitsforschung

- Ziel

Entwicklung neuer Technologien und Anwendungen; Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrie; Besserer Einsatz vorhandener ziviler und militärischer Technologien.

- Stand

Der Vorschlag soll am 6. April 2005 beschlossen werden.

- Österreichische Haltung

Da die Mitteilung noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

b) Solidarität

Die Solidarität umfasst zwei zentrale Elemente, 1) Unionsbürgerschaft (soziale Angelegenheiten, Kohäsionspolitik und Kulturpolitik) und 2) Solidarität zwischen den Generationen, namentlich nachhaltige ökologische Entwicklung, von denen das letztere für den Verkehrssektor relevant ist.

- Die Herausforderungen, mit denen Europa im Umweltbereich konfrontiert ist, erfordern europaweit koordiniertes Vorgehen. Thematische Strategien - ein neues Konzept in der Umweltpolitik - sollen optimale Verknüpfungen innerhalb der Umweltpolitik sowie zwischen der Umweltpolitik und anderen Politikbereichen ermöglichen. Diese Strategien sind so angelegt, dass sämtliche politische Aspekte berücksichtigt werden können und sich eine breite Palette von Instrumenten nutzen lässt, von denen aus verkehrspolitischer Sicht Themenkomplexe wie Luftverschmutzung, Meeresumwelt und Umweltschutz im städtischen Raum die Wichtigsten sind.
- Die EU muss außerdem dafür sorgen, dass die ökologischen und sozialen Kosten der verschiedenen Transportmittel transparenter werden und erneuerbare Energien stärkere Berücksichtigung finden.
- Zugleich muss die EU aber auch nach vorne schauen und bereits heute über Strategien nachdenken, um im nächsten Jahrzehnt den Klimawandel zu bewältigen. Wenn wir bereits jetzt planen, wie wir uns dem Klimawandel stellen (einschl. neuer Initiativen zur Verbesserung der Energieeffizienz), können sich Unternehmen und Bürger besser anpassen und auf potentielle Risiken einstellen.

Dazu bereitet die EK folgende den Verkehrsbereich betreffende Schlüsselinitiativen vor:

- Einführung des neuen Systems für den Handel der Emissionsberechtigungen und Umsetzung der Vereinbarungen von Kyoto.
- Wegbereitung für eine Seeverkehrspolitik der EU.

Für den Verkehrssektor relevante Legislativvorhaben:

Mitteilung der EK über die Strategien im Bereich der Klimaänderung

- Ziel:

Die Mitteilung stellt eine Reaktion an den Europäischen Rat (ER) vom März 2004 dar, der die EK anregte, eine Analyse über Nutzen und Kosten von mittel- und langfristigen Klimastrategien einschl. Vorschläge für diesbezügliche Ziele durchzuführen und diese dem ER im Frühjahr 2005 zur Diskussion vorzulegen.

- Stand:

Ursprünglich war die Mitteilung für 2004 vorgesehen, wurde aber auf 2005 verschoben, um mehr Zeit für Änderungen zu gewinnen und dadurch das Inkrafttreten des Kyoto- Protokolls zu erleichtern.

- **Österreichische Haltung:**

Da die Mitteilung noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Thematische Strategie im Bereich der Luftverschmutzung

- **Ziel:**

Mit der Thematischen Strategie im Bereich der Luftverschmutzung werden Umweltziele im Bereich der Luftqualität sowie Maßnahmen zu deren Erreichung dargestellt. Die Thematische Strategie wird auf einem langfristigen, strategischen und einzelne Politikbereiche überquerenden bzw. alle relevanten Politikbereiche abdeckenden Ansatz basieren, mit dem Ziel die Gesundheit der Menschen und die natürliche Umwelt gegen bedeutende negative Auswirkungen der Luftverschmutzung zu schützen.

Im Hinblick auf die Vereinfachung der geltenden Rechtsvorschriften ist vorgesehen, dass die Änderung der Rahmenrichtlinie 1996/62/EG über Luftqualität, der ersten drei Tochterrichtlinien (1999/30/EG, 2000/69/EG und 2002/3/EG) und eventuell des Beschlusses 1997/101/EG über den Austausch von Daten im Luftqualitätsmonitoring eine Maßnahme im Rahmen der Strategie sein wird.

- **Stand:**

Die thematische Strategie sollte im Laufe des Jahres 2005 veröffentlicht werden. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- **Österreichische Haltung:**

Da die Strategie noch nicht veröffentlicht worden ist, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Mitteilung der EK über Auswirkungen des Luftverkehrs auf die Klimaänderung

- **Ziel:**

In der Mitteilung wird ein Ansatz zu dieser Thematik vorgeschlagen sowie alternative wirtschaftliche Instrumente zur Reduzierung der negativen Auswirkungen der Luftfahrt auf den Klimawandel dargestellt.

- **Stand:**

Die Mitteilung sollte im Laufe des Jahres 2005 veröffentlicht werden. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- **Österreichische Haltung:**

Da die Mitteilung noch nicht veröffentlicht worden ist, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Thematische Strategie für den Schutz der Meeresumwelt

- **Ziel:**

Das Ziel der Thematischen Strategie ist es, eine gute biologische, chemische und physische Lage der Meeresumwelt zu erreichen bzw. herzustellen. In der Strategie werden eine Reihe

von politischen Bereichen aus der Meeresumweltperspektive betrachtet, anstatt politische Maßnahmen für verschiedene Nutzungen und Benutzer wie etwa in den Sektoren Fischerei, Seeschifffahrt, Öl und Gas zu entwickeln. Dadurch soll sichergestellt werden, dass verschiedene politische Maßnahmen und Legislativvorhaben hohes Niveau an Umweltschutz erlauben.

- **Stand:**

Die thematische Strategie sollte im Laufe des Jahres 2005 veröffentlicht werden. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- **Österreichische Haltung:**

Da die Strategie noch nicht veröffentlicht worden ist, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Thematische Strategie für die städtische Umwelt

- **Ziel:**

Die Thematische Strategie zielt darauf ab, die Qualität der städtischen Umwelt zu verbessern und eine gesunde Lebensumwelt für europäische Städte sicherzustellen. Um dies zu erreichen, wird in der Strategie ein koordinierter und kohärenter politischer Rahmen vorgeschlagen, der Mechanismen und Lösungen zur Bewältigung von Umweltproblemen in den Städten Europas enthalten wird. In der Strategie konzentriert man sich auf vier prioritäre Bereiche: 1) Umweltmanagement in städtischen Gebieten, 2) nachhaltiger Nahverkehr, 3) nachhaltiges Bauwesen und 4) nachhaltige Raumordnung in städtischen Gebieten.

- **Stand:**

Die thematische Strategie sollte im Laufe des Jahres 2005 veröffentlicht werden. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- **Österreichische Haltung:**

Da die Strategie noch nicht veröffentlicht worden ist, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

c) Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger Europas

Eines der zentralen Anliegen der BürgerInnen Europas ist die Sicherheit, wobei Maßnahmen in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht einen großen Konsens erfordern. Auch Gesundheitsbedrohungen und Umweltkatastrophen erlangen immer öfter eine europaweite Dimension. Entsprechend werden politische Maßnahmen ergriffen in Bezug auf

- freien Personenverkehr, Grenzkontrollen, Asyl- und Einwanderungspolitik;
- Bewältigung der Sicherheitsrisiken wie Terrorismus und organisierte Kriminalität, wobei das Zusammenwachsen der Verkehrsnetze eine Zusammenarbeit zwischen den Verkehrspolizeidiensten nahe legt;
- Zugang zum Recht, Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden und Ausweitung des "Raumes des Rechts";

- Seeverkehrssicherheit und Straßenverkehrssicherheit sowie Flug- und Luftverkehrssicherheit, Umgang mit radioaktiven Abfällen, Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz sowie Tiergesundheit und Tierschutz;
- Sicherheit der Energieversorgung.

Dazu bereitet die EU folgende den Verkehrsbereich betreffende Schlüsselinitiativen vor:

- Vorbereitung einer neuen Initiative zur Sicherheitsforschung
- Intensivierung der Bekämpfung des Terrorismus durch den Ausbau der europäischen Netze und Kapazitäten.

Für den Verkehrssektor relevante Legislativvorhaben:

Mitteilung und Vorschlag für eine Richtlinie zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Raums für polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrssicherheit ("Cross Border Directive")

- Ziel:

Die Mitteilung und der RL- Vorschlag bezwecken eine höhere Sicherheit auf dem transeuropäischen Verkehrsnetz durch die Anwendung von Vorbeugungs- und Durchsetzungsmaßnahmen in Bezug auf beste Praktiken auf der Grundlage einer intermodalen und internationalen Zusammenarbeit zwischen der Polizei, den Kontrollbehörden und justiziellen Behörden, die für die Verkehrsträger bzw. Verkehrselemente Straße, Wasser und Schiene zuständig sind.

- Stand:

Der Vorschlag wird angeblich im Jahr 2005 von der Kommission vorgelegt. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- Österreichische Haltung:

Da der Vorschlag noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Das dritte Erika-Paket im Bereich der Seeverkehrssicherheit (einschl. voraussichtlich folgender Vorschläge: VO über die Haftung von Flaggenstaaten; Vorschlag über die Hafensteinkontrolle; Änderung der Richtlinie über den Linienverkehr; Vorschlag über Haftung und Entschädigung; Arbeitsstandards für Seeleute; Ermittlung nach Seeverkehrsunfällen; Ausdehnung der Kompetenzen der Europäischen Agentur für Seeverkehrssicherheit EMSA; Vorschlag zur Änderung der RL 2002/59/EG über die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs- und Informationssystems für den Schiffsverkehr und zur Aufhebung der RL 1993/75/EWG)

- Ziel:

Durch die Regelung von verschiedenen für die Seeverkehrssicherheit relevanten Aspekten soll eine höhere Sicherheit auf See gewährleistet werden.

- **Stand:**

Die Vorschläge werden angeblich im Laufe des Jahres 2005 von der Kommission vorgelegt. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- **Österreichische Haltung:**

Da die Vorschläge noch nicht vorliegen, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

Mitteilung und Vorschlag für eine Verordnung zur Ausdehnung der Kompetenzen der Europäischen Flugsicherheitsbehörde EASA

- **Ziel:**

In der Mitteilung werden die Etappen für die Ausdehnung der Kompetenzen der EASA bis 2010 vorgestellt, wobei eine Reihe von diesbezüglichen Themenbereichen angesprochen werden wie etwa Luftoperationen, Genehmigungen für die Flugbesatzung, Management des Luftverkehrs und von Flughäfen. Die Mitteilung wird von einem VO-Vorschlag begleitet werden, welcher die erste Etappe für die Ausdehnung der Kompetenzen der EASA betrifft und die Fragen der Luftoperationen und der Genehmigungen für die Flugbesatzung abdeckt.

- **Stand:**

Die Mitteilung wird angeblich im Jahr 2005 von der Kommission vorgelegt. Die weitere Vorgangsweise ist derzeit noch offen.

- **Österreichische Haltung:**

Da der Vorschlag noch nicht vorliegt, ist eine konkrete Aussage über die österreichische Position nicht möglich.

d) Außenpolitik der Europäischen Union

Aus der neuen Dimension der EU nach der Erweiterung ergibt sich die dringende Notwendigkeit, einen stabilen, umfassenden politischen Rahmen für die Beziehungen zu den Nachbarländern im Süden und Osten zu definieren. Die zentrale außenpolitische Priorität ist somit der Aufbau eines zweiten Raums des Wohlstands und der Stabilität, was eine lückenlose Umsetzung der neuen Nachbarschaftspolitik der EU erfordert. Parallel hierzu sollten der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess als zentrales politisches Instrument für den Westbalkan sowie der Beitrittsprozess für die Türkei und Kroatien weiter geführt werden:

- Die Europäische Nachbarschaftspolitik soll bewirken, dass der Nutzen der EU-Erweiterung, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand, auch den Nachbarländern zugute kommt. Die EK wird 2005 auch für die neuen Nachbarländer maßgeschneiderte Aktionspläne einschl. Maßnahmen im Verkehrssektor entwerfen, die Zielvorgaben für ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher (u.a. verkehrspolitischer) und sozialer Fragen umfassen.
- Der Erweiterungsprozess wird mit dem regulären Strategiepapier über die Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens sowie der Türkei fortgeführt. Ferner wird ein Bericht über die Fortschritte im Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für die westlichen Balkanländer vorgelegt werden. Daneben wird die

EK prüfen, ob sie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien empfiehlt.

Darüber hinaus muss die EU weltweit größere Verantwortung übernehmen, insbesondere im Rahmen der Förderung der weltweit nachhaltigen Entwicklung und im Zusammenhang mit der globalen Handelspolitik.

Dazu bereitet die EK folgende Schlüsselinitiativen vor bzw. entwickelt sie weiter, die auch den Verkehrsbereich direkt oder indirekt betreffen:

- Umsetzung einer neuen Nachbarschaftspolitik der EU mittels der bereits verabschiedeten Aktionspläne
- Vorbereitung der Beitritte Bulgariens und Rumäniens
- Umsetzung der Heranführungsstrategie bzw. der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei
- Laufende Verhandlungen über multilaterale Umweltübereinkommen einschl. Klimawandel.

Für den Verkehrssektor relevante Legislativvorhaben:

[Diesbezüglich sind keine Legislativvorhaben vorgesehen, die unmittelbare verkehrspolitische Relevanz hätten.]

B) OPERATIVES JAHRESPROGRAMM DES RATES FÜR DAS JAHR 2005

I. Inhalt:

Unter luxemburgischer und britischer Präsidentschaft werden im Jahr 2005 folgende Themenschwerpunkte behandelt werden:

1) Landverkehr

- Eurovignette: LUX strebt eine politische Einigung im Verkehrsministerrat am 21. April 2005 an.
- Straßenverkehrssicherheit: Die Vorsitze wollen dem Thema eine besondere Priorität einräumen. Unter britischer Präsidentschaft werden insbesondere folgende Themenkreise und Richtlinienvorschläge (nach Vorstellung durch die EK) behandelt:
 - Halbzeitbilanz des Europäischen Aktionsprogramms für die Straßenverkehrssicherheit
 - European Road Safety Report

- Infrastrukturrichtlinie
 - Richtlinie über Toter-Winkel-Spiegel bei LKW
 - Daytime-Running-Light (DRL)- Richtlinie
 - Cross-Boarder-Richtlinie
- 3. Eisenbahnpaket: Das 3. Bahnpaket besteht aus 4 Rechtsakten. Unter NL-Präsidentschaft wurde eine Allgemeine Ausrichtung zum RL- Entwurf zur Einführung einer europäischen Lokführerlizenz erreicht. Unter LUX- Präsidentschaft werden die Diskussionen zu den beiden VO- Entwürfen über die Qualitätskriterien im Schienengüterverkehr und über Rechte und Pflichten von Fahrgästen im internationalen Reiseverkehr begonnen. LUX plant keine Diskussionen zum RL- Entwurf über die weitere Netzöffnung (Liberalisierung). Dieses Dossier soll erst unter UK- Präsidentschaft aufgegriffen werden.
 - Public Service Regulation (Altmark-Urteil): Nach entsprechender Vorlage durch die EK werden LUX und UK die Verhandlungen dazu aufnehmen.
 - Binnenschifffahrt: Zu RIS (River Information System) bzw. den technischen Anforderungen für Binnenschiffe sollen die unter NL- Präs. angefangenen Arbeiten mit dem Ziel einer politischen Einigung abgeschlossen werden. Zum RIS Dossier wird eine Einigung in 1. Lesung angestrebt; die Abgabe einer Stellungnahme des EP ist für Feb. dieses Jahres datiert. Die politische Teileinigung zu den techn. Anforderung für Binnenschiffe, welche unter NL- Präs. getroffen wurde, muss nun durch die Übersetzung der technischen Anhänge vervollständigt werden; eine Beschlussfassung als A-Punkt scheint möglich.

2) Luftverkehr

- Außenbeziehungen: Die Präsidentschaften möchten die Verhandlungen mit den USA rasch wieder aufnehmen, LUX strebt eine politische Debatte beim Ministerrat dazu an. Weiters könnten Mandate für Verhandlungen mit ausgewählten Drittländern (neben den USA) angenommen werden, die sich nach Mustern für Standardverträge richten würden.
- Slots: Die Frage, ob und in welcher Form dieses Dossier von LUX behandelt werden wird, ist von der Vorlage durch die EK und die Haltung der nachfolgenden britischen Präsidentschaft abhängig. UK ist von diesem Thema stark betroffen und wird auf einen raschen politischen Beschluss drängen, um nicht die neutrale Präsidentschaftsposition vertreten zu müssen.
- Fluglotsenlizenzen: Die Vorsitze wollen die Arbeiten des Rates zum Vorschlag der EK zu diesem Thema abschließen.
- Zugang von Passagieren mit eingeschränkter Mobilität: Der Verordnungsentwurf über die Rechte von Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität verbietet den Unternehmen, Personen wegen ihrer Behinderung oder ihres Alters die Buchung eines Fluges oder das Besteigen eines Flugzeugs zu verweigern. Außerdem wird sichergestellt, dass solche Personen auf Flughäfen und an Bord von Flugzeugen kostenlose Hilfe in Anspruch nehmen können. Die Mitgliedstaaten müssen Sanktionen vorsehen und für die Behandlung von Beschwerden unabhängige Einrichtungen schaffen. Es ist Aufgabe der Leitungsorgane der Flughäfen, diese Hilfe zu leisten, die sie sich jedoch von den Luftfahrtunternehmen finanzieren lassen. LUX und UK stufen diesen Vorschlag als prioritär ein.

3) Seeverkehr

- Meeresverschmutzung durch Schiffe: LUX wird versuchen, eine Einigung mit dem EP in 2. Lesung zu erreichen, um ein Vermittlungsverfahren zu vermeiden, das unter luxemburgischer oder britischer Präsidentschaft zu führen wäre.
- Erika III (8 Vorschläge): LUX wird mit der Arbeit an den Vorschlägen beginnen, sobald die EK sie dem Rat vorgelegt hat. Damit ist allerdings erst am Ende des luxemburgischen Vorsitzes zu rechnen, sodass die Hauptarbeit wohl erst unter britischer Präsidentschaft anfallen wird und aller Voraussicht nach unter österreichischer Präsidentschaft abzuschließen sein wird.
- Hafendienste: LUX und UK wollen Fortschritte auf diesem Gebiet erzielen. Die EK wünscht eine rasche Behandlung unter luxemburgischer Präsidentschaft, da diese keine Eigeninteressen in dieser Frage hat. Allerdings ist mit heftigem Widerstand der MS zu rechnen.
- Zu den Themen ISM-Codes und Seefahrerzertifikate wird v.a. LUX die Arbeiten der niederländischen Präsidentschaft aufgreifen und versuchen, eine politische Einigung mit dem EP herbeizuführen.

4) Horizontaler Verkehr

- Marco Polo II: Für die Vorsitze stellt dieses Dossier eine weitere Priorität dar, um gemäß den Vorstellungen des Weißbuches der zukünftigen gemeinschaftlichen Verkehrspolitik eine Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger zu ermöglichen. Demzufolge werden die Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen, spätestens beim Juni-Rat, und somit unter luxemburgischem Vorsitz, ein politisches Einvernehmen hergestellt zu haben.
- Galileo: Die Vorsitze werden die Arbeiten zu verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit dem europäischen Satellitennavigationssystem GALILEO fortsetzen. Vor allem der Konzessionsvergabe, der internationalen Zusammenarbeit sowie Finanzierungs- und Sicherheitsfragen für GALILEO wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.
 - GALILEO befindet sich zurzeit in der Entwicklungs- und Bewertungsphase. Diese umfasst die Konzeption, Entwicklung und die Erprobung der verschiedenen Bestandteile der Systemarchitektur. Im Rahmen der Entwicklungs- und Bewertungsphase werden zwei Testsatelliten gebaut, diese werden voraussichtlich Ende 2005/Anfang 2006 ins All geschickt. Primäre Missionsziele sind die Sicherung der für den Galileo-Betrieb reservierten Frequenzbänder und Tests der einzelnen Komponenten.
 - Die Vorsitze werden auch dem Abschluss von Abkommen mit Drittstaaten besondere Aufmerksamkeit widmen. Solche wurden bereits mit USA, China und Israel abgeschlossen. Derzeit laufen Verhandlungen mit mehreren anderen Staaten (z.B. Indien, Marokko, Russland und Ukraine). Auch Länder wie Brasilien und Mexiko haben ihr Interesse an einer Teilnahme an GALILEO bekundet.
 - Im Jahr 2005 soll die Konzessionsvergabe für die Errichtung und den Betrieb von GALILEO erfolgen. Das Evaluierungsergebnis der eingelangten Angebote wird voraussichtlich im März vorliegen. Die Auswahl des Konzessionärs und die entsprechenden Vertragsverhandlungen sollen bis Ende 2005 abgeschlossen sein.

5. Technische Harmonisierung von Kraftfahrzeugen („inherited agenda, keine Priorität von LUX und UK und damit auch nicht im Arbeitsprogramm!“)

Folgende Themen werden voraussichtlich vor allem unter luxemburgischem Vorsitz behandelt werden:

- Richtlinie über die Genehmigung für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger sowie für Systeme, Bauteile und selbstständige technische Einheiten dieser Fahrzeuge
- RL über die Wiederverwendbarkeit / -wertbarkeit von KFZ-Teilen
- Richtlinie über die Verwendung von Frontschutzbügeln an Fahrzeugen: Dieser Vorschlag enthält harmonisierte technische Anforderungen für die Typengenehmigung von Kraftfahrzeugen im Hinblick auf Frontschutzbügel, die zur Originalausstattung des Fahrzeugs gehören, sowie für die Typengenehmigung von Frontschutzbügeln, die als selbstständige technische Einheit im Sinne der Richtlinie 70/156/EWG gehandelt werden. Eine harmonisierte Regelung ist notwendig, um zu vermeiden, dass in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Anforderungen gelten und um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes zu gewährleisten. Rechtsgrundlage des Vorschlags ist Artikel 95 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.
- Kompressionsentzündungsmotoren

6. Elektronische Kommunikation und Informationsgesellschaft – Universaldienst

2005 ist die Vorlage einer Mitteilung der Kommission über das Ergebnis der öffentlichen Konsultation über den Umfang des Universaldienstes vorgesehen. Inhaltlich wird damit eine Diskussion über den Umfang des Universaldienstes ausgelöst werden. Derzeit gibt es noch keinen konkreten Zeitplan.

7. Elektronische Kommunikation und Informationsgesellschaft – Regulierungsrahmen

Behandelt wird von beiden Präsidentschaften die wirksame Umsetzung des Regulierungsrahmens für Netz- und Kommunikationsdienstleistungen.

8. Elektronische Kommunikation und Informationsgesellschaft – WSIS

Der für November 2005 geplante Weltgipfel über die Informationsgesellschaft wird vorbereitet, wobei insbesondere das Thema der Internet Governance zu behandeln sein wird.

Unter luxemburgischer und britischer Präsidentschaft werden im Jahr 2005 in den Bereichen Forschung und Innovation nachfolgende Themenschwerpunkte, welche unter der Federführung des BMVIT stehen, behandelt werden:

Europäisches Raumfahrtprogramm

- Vor dem Hintergrund des Art III-254 des Vertrages über eine Verfassung für Europa und unter Berücksichtigung des Rahmenabkommens zwischen der EU und der ESA und des Weißbuchs zum Weltraum werden die Anstrengungen der Vorsitze darauf gerichtet sein, eine umfassende Europäische Raumfahrtpolitik auszuarbeiten.
- Unter der luxemburgischen Präsidentschaft ist eine Verschiebung des ursprünglichen Zeitplans hinsichtlich der Abhaltung eines Weltraumrates eingetreten (von April auf Juni).
- Der britische Vorsitz plant, die Frage der Industriepolitik zu lösen.

Schwerpunktsetzungen im 7. Rahmenprogramm

- Die Ratsvorsitze werden die Arbeiten zum 7. Europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung im ersten Halbjahr 2005 starten, um möglichst rasch einen europäischen Raum der Forschung und Innovation zu schaffen.
- Die Ratsvorsitze werden prüfen, welche Rolle F&E im Sicherheitsbereich für die Förderung von Spitzentechnologien im Rahmen der Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit spielen könnten.
- Das 7. Forschungsrahmenprogramm soll einen eigenen Teil für Sicherheitsforschung enthalten.

II. Wichtige Daten

Wettbewerbsfähigkeitsrat: 7./8.3., 18.4., 6./7.6., 11.10., 28./29.11.

Verkehrsministerrat: 21.4., 27./28.6., 6./7.10., 1./2.12.

Ministerkonferenz zur Straßenverkehrssicherheit in Verona („Verona III): 4./5.11.

Weltgipfel über die Informationsgesellschaft in Tunis 16/18.11